Rosa Luxemburgs Allianz mit der SPD-Bürokratie: Eine Kritik ihrer Politik in Polen, 1893–1918

Eric Blanc

Über die Bedeutung von Rosa Luxemburgs Beitrag zur revolutionären Bewegung und zur Entwicklung des Marxismus kann kein Zweifel bestehen. Trotzdem romantisieren viele Autoren Luxemburg heutzutage allzu unkritisch als eine humanistische, undogmatische und demokratische Alternative zu Sozialdemokratie, Leninismus und/oder Stalinismus. Sobhanlal Datta Gupta etwa behauptet, Luxemburg „begründete das Verständnis einer marxistischen Alternative mit einem revolutionären humanistischen Gesicht, die sich vom Liberalismus, dem sozialdemokratischen Revisionismus und auch vom stalinistischen Autoritarismus unterschied. Durch das Prisma Rosa Luxemburg ist es möglich zu verstehen, was mit dem sowjetischen Sozialismus falsch lief und wie wir unser Verständnis vom Sozialismus im 21. Jahrhundert neu ausrichten können."[1]

Interpretationen wie diese reflektieren nicht nur das aktuelle politische und gesellschaftliche Klima, sondern sie tendieren darüber hinaus zu einer Fokussierung auf Luxemburgs politischen Beitrag in Deutschland und sparen dabei ihre sehr viel problematischere Rolle in der sozialistischen Bewegung Polens aus. Auf der Grundlage von Forschungen in polnischen Archiven und Bibliotheken stellt der vorliegende Beitrag die weitverbreitete Idealisierung Luxemburgs auf den Prüfstand, indem er die Politik und das Handeln Luxemburgs und ihrer Partei, der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens (Socjaldemokracja Królestwa Polskiego i Litwy, SDKPiL) in Polen genauer in den Blick nimmt.[2]

Während Luxemburg für gewöhnlich als die erste Marxistin porträtiert wird, die sich gegen den Reformismus der deutschen SPD stellte, zeigt dieser

1 Sobhanlal Datta Gupta: Marxism in Dark Times. Selected Essays for the New Century, London 2012, S. 17. Im Folgenden gilt: Alle Übersetzungen aus dem Englischen stammen von David Bebnowski, alle Übersetzungen aus dem Polnischen von Christa Hübner.

2 Die Recherchen zu diesem Artikel wurde in erster Linie in der Wydział Zbiorów Historii Społecznej-[Abteilung für Sozialhistorische Sammlungen] der Bibliothek des Sejms, im Archiwum Akt Nowych [Archiv Neuer Akten], in der Nationalbibliothek und ihrer Dokumentensammlung zum gesellschaftlichen Leben in Warschau sowie der Bibliothèque Polonaise in Paris durchgeführt.

Beitrag, dass die marxistischen Führer der Sozialistischen Partei Polens 1904 die ersten grundsätzlichen Kritiken an der SPD und deren führendem Theoretiker Karl Kautsky formulierten. Ironischerweise bildete eine Kampagne gegen die organisatorische und politische Autonomie Polens, die gemeinsam von Luxemburg und der konservativen SPD-Führung unterstützt wurde, den Anstoß dieser Kritik.

Eine umfassende Einschätzung von Luxemburgs Politik und ihrer Theorie übersteigt den Rahmen dieses Aufsatzes. Selbstverständlich hängt ihre Bewertung als marxistische Theoretikerin nicht notwendigerweise von einer generellen Einschätzung der politischen Praxis ihrer Partei in Polen ab: Eine Kritik an Letzterer muss nicht dazu verleiten, ihr umfangreiches literarisches Werk nicht auch weiterhin für wichtig anzusehen. Da Luxemburg aber immer auch eine Revolutionärin[3] war, ist es angebracht, sie aus dieser weitgehend vernachlässigten Blickrichtung zu beurteilen. Als Kritik an Luxemburgs problematischsten Interventionen beleuchtet dieser Aufsatz zugegebenermaßen nicht ihre vielen starken Beiträge im Einsatz für den revolutionären Marxismus, Internationalismus, Antimilitarismus und die Selbstorganisierung der Arbeiterklasse.[4] Diese Stärken verlangen Anerkennung, nicht nur, um Gerechtigkeit gegenüber Luxemburgs Erbe zu wahren, sondern auch, weil sie dabei helfen können zu erklären, warum so viele andere Revolutionäre sich ihrer politischen Perspektive und Führungsfähigkeit so lange verschrieben.

Die SPD und der Reformismus

In der Regel wird Luxemburg als die erste und wichtigste marxistische Kritikerin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dargestellt. Einem vor wenigen Jahren erschienenen Artikel in der Zeitschrift „International Socialism" zufolge war es Luxemburg, „die als erste den Trend zum Reformismus in der Arbeiterbewegung" identifizierte und der marxistischen Kritik an ihm den Weg bahnte.[5]

3 Der vom Verfasser verwendete englische Begriff „militant" ist in diesem Aufsatz als Revolutionär bzw. Revolutionärin übersetzt.

4 Ein guter Überblick dieser Beiträge ist: Rosa Luxemburg: Socialism or Barbarism. Selected Writings, hrsg. von Paul Le Blanc und Helen C. Scott, London 2010.

5 Siehe Donny Gluckstein: Classical Marxism and the Question of Reformism, in: International Socialism, 143 (2014), S. 141–64, online: http://isj.org.uk/classical-marxism-and-the-question-of-reformism/&gt.

Titelblatt des Organs der SDKPiL „Czerwony Sztandar" (Rote Fahne) vom April 1904

Ähnlich argumentierte Raya Dunayevskaya, dass „Luxemburg den Opportunismus vier Jahre vor allen anderen erspürte".[6] Um diesen Mythos zu widerlegen, werde ich die bedeutende, aber relativ unbekannte Geschichte des Konflikts von Luxemburg und der SPD mit der PPS im preußischen Teilungsgebiet Polens zwischen 1898 und 1903 skizzieren. Dieser Kampf führte zu einer systematischen Kritik der PPS-Marxisten nicht nur am Reformismus der „Revisionisten" in der SPD, sondern auch an der in ihren Augen politischen Beschränktheit des radikalen Theoretikers Karl Kautsky – was innerhalb der Zweiten Internationale zur ersten grundsätzlichen Debatte über die Mittel zur Machtübernahme führte. In diesem Konflikt verbündete sich Luxemburg mit der deutschen Parteibürokratie und stützte sich auf deren zunehmenden Legalismus und Nationalismus.

6 Der Referenzpunkt ist hier Luxemburgs Bruch mit Kautsky 1910. Siehe Raya Dunayevskaya: Rosa Luxemburg, Women's Liberation, and Marx's Philosophy of Revolution, Atlantic Highlands 1982, S. 21. In ähnlicher Weise schreibt Gilbert Badia, Luxemburg „war zweifellos die erste Radikale, die verstand, dass die deutsche Sozialdemokratie sich auf einem für die deutsche Arbeiterbewegung gefährlichem Abweg befand". Gilbert Badia: Rosa Luxemburg: journaliste, polémiste, révolutionnaire, Paris 1975, S. 805.

Gegründet im Jahr 1893, organisierte die Polnische Sozialistische Partei in Preußen (Polska Socjalistyczna Partia zaboru pruskiego; PPSzp) Arbeiter in Oberschlesien und der Provinz Posen, jenen preußischen Regionen, die zwischen 1919 und 1921 Zeugen einiger der dramatischsten Ereignisse der polnischen Revolution werden sollten, darunter mehrere Generalstreiks und bewaffnete Aufstände, um die Unabhängigkeit von deutscher Herrschaft zu erreichen.[7]

Die Politik der PPSzp war deutlich weniger separatistisch als die ihrer Schwesterpartei in Russland, die Partei nahm in Preußen nicht einmal Forderungen nach Unabhängigkeit in ihr Programm auf (forderte sie aber manchmal in der Presse). Wie die „russische" PPS versuchte sie, die nationale Unabhängigkeit an den Klassenkampf zu binden. „Was zum Teufel hätten wir für eine Verwendung für ein freies Polen, solange die gleiche Sklaverei weiterbesteht, die wir zurzeit erleben", proklamierte die Parteizeitung der PPSzp „Gazeta Robotnicza" (Arbeiterzeitung).[8] Die Beziehung der PPSzp zur deutschen Partei war anfangs partnerschaftlich und freundlich. Als eine autonome Sektion der SPD handelnd, übernahm sie deren Erfurter Programm von 1891 und erhielt bedeutende finanzielle Hilfen von der deutschen Parteiführung. Ihrerseits unterstützten die bekanntesten Führungsfiguren der SPD – August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Karl Kautsky – offen die polnische Unabhängigkeit.

Dennoch entstanden schließlich Spannungen zwischen beiden Organisationen. Auf dem SPD-Kongress von 1897 lehnte die deutsche Parteiführung den Vorschlag der PPSzp ab, dem zufolge alle wählbaren sozialistischen Kandidaten in den Gebieten mit polnischer Bevölkerungsmehrheit Polnisch sprechen sollten.[9] Viele Spitzenfunktionäre der SPD passten sich mehr und mehr dem deutschen Nationalismus an und sahen in der polnischen Nationalbewegung eine Bedrohung für ihren zentralisierten Parteiapparat und die Integrität des

7 Die drei polnischen Arbeiteraufstände in Oberschlesien (August 1919, August 1920 und Mai 1921) – die das Potenzial besaßen, eine Brücke zwischen der polnischen und der deutschen Revolution der Arbeiter zu bilden – wurden von der polnischen kommunistischen Partei nicht unterstützt. Sie erklärte, dass ein Kampf um die Veränderung der Staatsgrenzen Nationalismus gleichkomme. Siehe Franciszek Hawranek: Ruch komunistyczny na Górnym Śląsku w latach [Die kommunistische Bewegung in Oberschlesien] 1918–1921, Wrocław 1966.

8 Zit. nach Władysław Zieliński: Polska Partia Socjalistyczna Zaboru Pruskiego [Die Polnische Sozialistische Partei des Preußischen Teilungsgebietes] 1890/1893–1914, Katowice 1982, S. 97.

9 Siehe ebenda, S. 134–139.

deutschen Staates.[10] Und während die SPD offiziell gegen die preußischen Germanisierungsanstrengungen opponierte – durch sie sollte Polnisch in Schulen verboten und die deutsche Kolonialisierung polnischer Gebiete befördert werden –, erklärte die wichtigste Führungsfigur der Partei in Oberschlesien, August Winter, offenherzig, dass die Polen ein unzivilisiertes Volk seien. Auf die Ausbreitung der sozialistischen Bewegung in Schlesien verweisend, erklärte Winter öffentlich, dass „der Germanisierungsprozess einen vorteilhaften Effekt ausübt […] Deutsche Genossen sind überall intelligenter als polnische Genossen."[11]

Luxemburgs im russischen Teilungsgebiet wirkende polnische Partei – die SDKPiL – wurde 1893 infolge eines Bruchs mit der wenige Monate zuvor entstandenen PPS über die nationale Frage gegründet. Polnische Unabhängigkeit zu fordern, argumentierte Luxemburg, sei eine reaktionäre Manifestation nicht-proletarischen Nationalismus. Eine wirkliche sozialdemokratische Partei in Polen könnte diese Forderung deswegen niemals unterstützen. Von 1893 an engagierte sich die Führung um Luxemburg in einer unermüdlichen Kampagne, um die PPS zu diskreditieren und sie von ihrer einflussreicheren Position innerhalb der Arbeiterbewegung zu verdrängen.

Germanisierungspolitik

Luxemburg zog im Mai 1898 von der Schweiz nach Deutschland und hatte das Ziel, die Anführer der deutschen Partei als Unterstützer ihres Flügels des polnischen Sozialismus gegen die PPS zu gewinnen. „Interne Parteiangelegenheiten und Probleme der Organisation in Polen selbst waren traditionellerweise der Schaffung eines internationalen Bildes der Partei nachgeordnet", schreibt Luxemburgs wichtigster britischer Biograf Peter Nettl.[12] Binnen einer Woche nach ihrer Ankunft traf sie sich mit Ignaz Auer, dem Sekretär des Parteivorstands der SPD. Wie die meisten SPD-Bürokraten gehörte Auer zum rechten Parteiflügel und war anfällig für deutschen Chauvinismus und ein Gegner der

10 Siehe Hans-Ulrich Wehler: Sozialdemokratie und Nationalstaat. Nationalitätenfragen in Deutschland 1840–1914, Göttingen 1971, S. 142, 157.

11 Zit. nach Franciszek Hawranek: Polska i niemiecka socjaldemokracja na Górnym Śląsku w latach 1890–1914 [Die polnische und die deutsche Sozialdemokratie in Oberschlesien in den Jahren 1890–1914], Opole 1977, S. 156.

12 John P. Nettl: Rosa Luxemburg, London 1966, S. 258 f.

polnischen Unabhängigkeit.[13] Enthusiastisch akzeptierte er Luxemburgs Angebot, die Wählbarkeit der Partei für Polen zu fördern, und erklärte, dass der gesamte Parteivorstand die Unabhängigkeit als „Unsinn" erachte. Die Germanisierung preisend, erklärte er Luxemburg, August Winter „*hat vielleicht unvorsichtig gesprochen […]. Man kann den polnischen Arbeitern keinen größeren Gefallen tun, als sie zu germanisieren, aber man darf es den Leuten nicht sagen*."[14]

Luxemburg brach schnell zum Wahlkampf nach Oberschlesien auf. Sie erklärte ihrem Genossen und SDKPiL-Mitglied Leo Jogiches, dass sie dies tun müsse, um die Unterstützung der SPD-Führung zu erhalten: „Diese Arbeit einzig und allein verschafft mir Ansehen in den Augen von Winter, Bruhns, des *Vorstandes*, und bei allen kann sie mir einzig und allein einen guten Ruf schaffen."[15] Bei ihrer Ankunft war sie enttäuscht davon, Winter unzureichend auf Attacken gegen die PPSzp vorbereitet anzutreffen, er überlegte sogar, den Kampf gänzlich aufzugeben: „[…] ich habe mich natürlich bemüht, ihm das aus dem Kopf zu schlagen, und es ist mir weitgehend gelungen, aber trotzdem wird er sie [die PPSzp] von uns aus nicht angreifen und sie ihn auch nicht, deshalb muß man unbedingt die gute Gelegenheit ausnutzen, um ihnen wieder ein wenig das Fell zu gerben."[16]

Luxemburg selbst war eine standhafte Verteidigerin polnischer Kultur und eine ausgesprochene Gegnerin des Germanisierungsdrangs der preußischen Regierung. In diesem Sinne brachte sie die SPD zur Verabschiedung von Resolutionen, die die antipolnische Politik der preußischen Regierung verurteilten.[17] Allerdings war Luxemburg stärker darauf bedacht, die nationale Ausrichtung der PPSzp zu bekämpfen als den Chauvinismus von Auer, Winter und anderen SPD-Führern – tatsächlich bestritt sie wider besseren Wissens, dass Germanisierungstendenzen innerhalb der SPD bestünden.[18] Dies war, um es milde auszudrücken, eine bedeutende politische Fehleinschätzung. Das Geschehen sollte zeigen, dass die

13 Auer ist vor allem dafür bekannt, den Spruch „Generalstreik ist Generalunsinn" geprägt zu haben.

14 Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Bd. 1, hrsg. von Georg Adler u. a., Berlin (Ost) 1982, Eintrag vom 25. Mai 1898, S. 127 (Hervorhebung im Original).

15 Ebenda, Eintrag vom 9. Juni 1898, S. 141.

16 Ebenda, Eintrag vom 9. Juni 1898, S. 155.

17 Siehe Ryszard Raube: Naród w myśli politycznej Róży Luksemburg [Die Nation im politischen Denken von Rosa Luxemburg], Diss., Universität Zielona Góra. Fakultät für Geisteswissenschaften 2005, S. 40.

18 Siehe Hawranek, Polska i niemiecka socjaldemokracja. S. 167.

Anpassung an den deutschen Nationalismus und nicht der polnische Separatismus sich als fatal für die SPD als eine revolutionäre Organisation erweisen sollten.

Im Jahr 1900 nahmen Luxemburg und einige ihrer Unterstützer an einem Kongress der PPSzp teil und brachten Resolutionen ein, nach denen die Partei sich von ihrem „Nationalismus" lossagen und sich selbst als eigenständige Organisation auflösen sollte. Nachdem diese Vorschläge gescheitert waren, hatte Luxemburg im April 1901 Erfolg damit, die SPD zur Kürzung ihrer Zuwendungen an die PPSzp zu bewegen.[19] Von Luxemburg unter Druck gesetzt, zog der SPD-Vorsitzende August Bebel seine Unterstützung der polnischen Unabhängigkeit zurück und teilte der PPSzp mit, dass der SPD „der Prozess wegen Hochverrats gemacht werden" könnte, sollte sie Verbindungen zu Unterstützern der polnischen Unabhängigkeit besitzen.[20] In den Folgejahren sollte die fortgesetzte Aversion der SPD-Führung gegenüber Forderungen, die möglicherweise zu ihrer Verfolgung führen könnten, eine zentrale Rolle in der Anpassung der Partei an das Regime spielen.

Eine Ironie an Luxemburgs Kampagne gegen die PPSzp lag darin, dass sie nun in Konflikt mit polnischen und deutschen Revolutionären geriet, die ihrer revolutionären marxistischen Orientierung viel näher standen als die mit ihr verbundene SPD-Führung. Unter ihnen war wohl Estera Golde, die damals wichtigste Anführerin der PPSzp, die interessanteste. Als eine der großen vergessenen Figuren des polnischen Marxismus stand Golde – wie Luxemburg eine polonisierte Jüdin – innerhalb der PPS auf der Seite der radikalen Linken. „Um heute unser Land zu verteidigen, können wir uns nur auf den internationalen Klassenkampf verlassen",[21] betonte Golde. Den größten Teil des Jahres 1903 befand sie sich in der Gefangenschaft der preußischen Regierung, weil sie zum „Klassenhass angestiftet" habe. Anders als Luxemburg priorisierte Golde den Kampf für die weibliche Emanzipation und nutzte ihre Berufsausbildung als Medizinerin dafür, Vorlesungen und Lektüregruppen für berufstätige Frauen zur weiblichen Gesundheit, zum Marxismus und zur Arbeiterbewegung zu organisieren.[22] 1906

19 Siehe Wehler, Sozialdemokratie, S. 151 f.

20 Zit. nach: Hawranek, Polska i niemiecka socjaldemokracja. S. 203.

21 Estera Golde: Francja, in: Przedświt [Morgendämmerung], 1896, Nr. 9, S. 12–15, hier S. 15.

22 Polnische Quellen hinterfragen generell die übertriebene Auffassung, nach der Luxemburg „entschlossen war, eine Frauenbefreiungsbewegung zu erschaffen" (Dunayevskaya: Rosa Luxemburg, S. 13). Sicherlich stand Luxemburg für die Gleichberechtigung der Frauen, dennoch erschienen ihre wenigen Artikel über Frauen alle auf Deutsch. Während

gab sie die PPS-Zeitschrift „Robotnica" (Arbeiterin) mit heraus und wurde während der 1920er-Jahre zu einer Anführerin der Frauen in der polnischen kommunistischen Partei.[23]

Luxemburgs Orientierung brachte ihr auch einen Konflikt mit führenden SPD-Linken ein. Die Hauptwidersacher, die die neue Parteilinie zur polnischen Frage innerhalb der SPD anzweifelten, sammelten sich in einer Gruppe, die von Georg Ledebour, einem prominenten linken Führer und Gegner der pro-kolonialen Tendenzen innerhalb der SPD, geleitet wurde.

Trotz der Wünsche Goldes, Ledebours und anderer Revolutionäre, zwischen SPD und PPSzp zu einer Übereinkunft zu kommen, waren die Jahre 1902 und 1903 vom eskalierenden Konflikt über die bevorstehenden Reichstagswahlen geprägt. Im Oktober 1902 erreichten die beiden Organisationen eine Vereinbarung, die im Wesentlichen auf den Konditionen basierte, die Luxemburg und der SPD-Vorstand vorgegeben hatten: Es würde nur eine von den lokalen (polnischen und deutschen) Organisationen bestimmte Kandidatenliste geben. Als Zugeständnis an die PPSzp stimmte man darin überein, dass alle Kandidaten in den vorwiegend polnischsprachigen Regionen bilingual sein müssten, aber es sollte – wie die SPD-Führung und Luxemburg insistierten – eine Ausnahme gemacht werden, falls Winter von lokalen Organisationen nominiert werden würde.[24]

Aber Luxemburg war eher an einem Kampf gegen die „Sozialpatrioten" als an einer Übereinkunft gelegen. Auf die Akzeptanz der Vereinbarung durch die PPSzp folgte ihr einseitiges Insistieren auf neuen Bedingungen. Es beinhaltete,

Luxemburg einen Punkt zur Gleichberechtigung der Frauen in ihre wichtige polnische Abhandlung „Czego chcemy?" [Was wollen wir?] (1906) einfügte, betont die polnische Historikerin der Frauenbewegung Dioniza Wawrzykowska-Wierciochowa, „die SDKPiL war kaum daran interessiert, die Massen der Arbeiterinnen und weiblichen Intellektuellen zu aktivieren. […] Selbst während der tumultartigen Jahre 1905–1907, als Frauen im Königreich [Polen] ihre revolutionäre Schlagkraft demonstrierten, zeigte Rosa kein Interesse und unterschätzte ihre Rolle. […] [Luxemburg] sah keine Notwendigkeit für eine gesonderte Agitation unter ihnen oder in einzelnen Zellen, die sie organisieren sollten." Der Autorin zufolge könnte Luxemburgs Haltung erklären, warum die PPS und die PPS-Linke eine signifikant höhere Anzahl weiblicher Mitglieder als die SDKPiL hatten. Siehe Dioniza Wawrzykowska-Wierciochowa: Nie po kwiatach los je prowadził: kobiety polskie w ruchu rewolucyjnym [Nicht über Blüten hat das Schicksal sie geführt: polnische Frauen in der revolutionären Bewegung], Warszawa 1987, S. 244, 303.

23 Zu Goldes siehe Wawrzykowska-Wierciochowa, Nie po kwiatach, S. 219–222, 243–249.

24 Siehe Redaktionsbeilage, in: Przedświt, 1903, Nr., 5, S. 180–184; Wehler, Nationalitätenfrage, S. 162 ff.

Verweise zur polnischen Unabhängigkeit fallen zu lassen, und hätte ihr erlaubt, in die Führung der PPSzp aufzusteigen und den Namen der Gruppe in „Polnische Sozialdemokratische Organisation" zu verändern.[25] In Kombination mit der unabsichtlichen Veröffentlichung eines gegen die polnische Unabhängigkeit gerichteten geheimen Memorandums der SPD-Führung ließen die zusätzlichen Bedingungen die Vereinbarung platzen.[26] „Dieses Mal war Rosa in ihrer Entschlossenheit zur Demütigung ihrer Gegner zu weit gegangen", notierte Nettl.[27]

Der SPD-Kongress 1903

In diesem Augenblick schrieb Kazimierz Kelles-Krauz – ein enger Gefährte Esther Goldes und der führende marxistische Theoretiker der PPS – an Kautsky und flehte ihn an, auf dem bevorstehenden SPD-Kongress 1903 in Dresden im Sinne der PPSzp zu intervenieren. Auch wenn Kautsky mit der für ihn typischen Zurückhaltung bei der Einschaltung in organisationsinterne Konflikte Kelles-Krauz' Aufforderung nicht beherzigte, sprangen Ledebour und andere deutsche Linke der PPSzp entschlossen zur Seite. Ledebour richtete seine Kritik auf Luxemburgs Rolle: „Der Parteivorstand, der nicht polnisch spricht und deshalb seine eigene Meinung nicht in der Auseinandersetzung mit polnischen Sozialisten bilden kann, ist unter den Einfluß Genossin Luxemburgs geraten. […] Ich bin fest davon überzeugt, daß die Ablehnung der Übereinkunft wegen Genossin Luxemburg erfolgte." Ähnlich lautend erklärte der Revolutionär Konrad Haenisch, dass die PPSzp keine chauvinistische Organisation sei, und argumentierte, die SPD solle den Kampf für die polnische nationale Unabhängigkeit weiter unterstützen. Ihre Anstrengungen erhielten aber keine Unterstützung von der Parteiführung, und der Dresdener Kongress 1903 stimmte Luxemburgs Resolution in der polnischen Frage zu.[28]

25 Siehe o. V.: Historia Niedoszłej Ugody [Geschichte einer nicht zustande gekommenen Übereinkunft], in: ebenda, S. 169–180, hier S. 173–180; Wehler. Nationalitätenfrage und Sozialdemokratie, S. 164; Hawranek, Polska i niemiecka socjaldemokracja, S. 233 f.

26 Siehe Hawranek, Polska i niemiecka socjaldemokracja, S. 235.

27 Nettl, Rosa Luxemburg, S. 181.

28 Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Dresden vom 13. bis 20. September 1903, Berlin 1903, S. 275–281.

Kurz: Trotz ihrer andauernden Gegnerschaft zur Germanisierung und ihres Engagements für einen revolutionären Marxismus unterstützte Luxemburgs Vorstoß gegen die PPSzp unbeabsichtigt den wachsenden Nationalismus und Legalismus der SPD. Später wurde Luxemburg zur lautesten und konsistentesten Gegnerin des SPD-Vorstands und dessen Unterstützung des deutschen Kolonialismus – aber durch ihre Kampagne gegen die PPS konnte sie diese Rolle in früheren Jahren nicht einnehmen.

1903 kam Luxemburg ihrem ursprünglichen Wunsch, nach Deutschland umzuziehen, nach. Dass sie die SPD-Führer dazu gebracht hatte, ihre Unterstützung für die polnische Unabhängigkeit aufzugeben, war ein mächtiger Schlag gegen die Legitimität der PPSzp und deren politisches Projekt. Durch die Erlangung des Vertrauens der SPD-Oberen hatte Luxemburg sich erfolgreich als Lenkerin der Partei in polnischen und russischen Fragen etabliert.[29] In den kommenden Jahren sollten Luxemburg und andere Emigranten der SDKPiL ihre Kontakte zur deutschen und russischen sozialistischen Führung systematisch nutzen, um deren Parteiopposition innerhalb Polens zu isolieren und zu diskreditieren. Diese Dynamik und ihre Bedeutung gegen den revolutionären Kampf in Polen sind nicht zu unterschätzen: Die wiederholten Versuche der PPS-Linken, sich der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (Rossijskaja socialdemokratičeskaja robočaja partia; RSDRP) anzuschließen, wurden erfolgreich von Luxemburg und der SDKPiL blockiert. Die Partei hatte diese Veto-Position 1906 mit der Unterstützung der Bolschewiki verlangt und als Vorbedingung für ihren Beitritt zur russischen Sozialdemokratie erhalten.[30]

Der SPD-Kongress in Dresden im Jahr 1903 war ein großer Erfolg für Luxemburg und ein Desaster für die PPSzp. Kelles-Krauz verurteilte den neuen Ansatz der SPD gegenüber den Polen als „die schlimmste Form von Revisionismus".[31] Kurz danach veröffentlichten er und andere PPS-Marxisten eine Reihe grundlegender Kritiken an der Strategie der deutschen Sozialisten und hofften darauf, dass die veränderte Polenpolitik der SPD für eine tiefer gehende Abkehr von einer revolutionärer Orientierung stand.

29 Somit nahm Luxemburg am Kongress der RSDRP 1907 als die offizielle Abgeordnete der SPD-Führung teil.

30 Siehe Janina Kasprzakowa: Ideologia i polityka PPS-Lewicy w latach 1907–1914 [Ideologie und Politik der PPS-Linken in den Jahren 1907–1914], Warszawa 1965.

31 Zit. nach Timothy Snyder: Nationalism, Marxism, and Modern Central Europe: A Biography of Kazimierz Kelles-Krauz, 1872–1905, Cambridge 1997, S. 182.

Um die Neuartigkeit dieser Beiträge zu verstehen, muss der politische Inhalt der bis dahin erfolgten revisionistischen Diskussion beachtet werden. Gegen die vom reformistischen Sozialisten Eduard Bernstein vorgeschlagenen Veränderungen der marxistischen Theorie verteidigten „orthodoxe" (d. h. revolutionäre) Marxisten wie Luxemburg und Kautsky eine seit Langem vertretene politische Linie, die „langsamen aber stetigen" Parlamentarismus, Trade-Unionismus und Parteiaufbau mit einem programmatischen Eintreten für revolutionäre Ziele kombinierte. Bernstein argumentierte, dass die revolutionäre Rhetorik der Partei und ihre Betonung des sozialistischen „Endziels" fallen gelassen werden sollten. Die Praxis der SPD war tatsächlich bereits reformistisch. Kautsky und Luxemburg antworteten – besonders 1899 in ihrer Schrift „Reform oder Revolution?" –, dass die strategische und praktische Orientierung der SPD *revolutionär sei* und bleiben müsse. Die relativ abstrakte Natur der Debatte erlaubte sogar den konservativsten SPD-Führern, Bernsteins „Revisionismus" öffentlich abzulehnen – was auf SPD-Kongressen überwiegend und wiederholt verurteilt wurde.[32] Auer schrieb Bernstein, um zu erklären, warum keine Notwendigkeit bestand, das formale Bekenntnis der Partei zu revolutionärer Politik fallen zulassen: „Die Partei würde in Stücke gerissen, wenn die Führer sich deinem Plan gemäß verhielten. […] Deinen Forderungen kann formal nicht zugestimmt werden und es lässt sich nicht über sie reden, man kann sie höchstens ausführen. Unsere gesamte Aktivität, selbst unter dem infamen [Sozialisten-]Gesetz, war die Aktivität einer sozialdemokratischen Reformpartei."[33]

Eine linke Alternative in der PPS

Im Unterschied zu Luxemburg und Kautsky erklärten die Marxisten in der PPS, dass die SPD ihre Perspektiven und Praktiken ändern müsse, wenn sie ihre revolutionären Ziele tatsächlich erreichen wolle. Drei Haupttexte markierten die Debatte von 1904: Eine initiierende Polemik von Kelles-Krauz gegen Kautsky, in der er für die Notwendigkeit eines bewaffneten Aufstands des Proletariats plädierte, um den Kapitalismus in Westeuropa zu überwinden. In seiner Antwort

32 Zu Luxemburgs Rolle in der revisionistischen Debatte siehe Nettl, Rosa Luxemburg, S. 202–250.

33 Zit. nach Guenther Roth: The Social Democrats in Imperial Germany: A Study in Working-Class Isolation and National Integration, Totowa 1963, S. 191.

legte Kautsky seine Strategie dar und verteidigte sie. Darauf folgte wiederum eine lange Darstellung des Anführers der Linken in der PPS Marian Bielecki unter dem Namen „Zagadnienia rewolucji" (Fragen der Revolution).[34] Da die ersten beiden Texte vor Kurzem ins Englische übersetzt wurden, möchte ich an dieser Stelle Bieleckis Beitrag hervorheben, der bis heute praktisch unbekannt ist, obwohl er die erste grundlegende marxistische Kritik an der SPD und Kautsky bildet.[35] Angesichts des ausladenden Ansatzes des Textes muss eine kurze Zusammenfassung seiner pionierartigen Argumente genügen.

In „Zagadnienia rewolucji" wird behauptet, dass die SPD als Ganzes – nicht nur ihre „revisionistische" Minderheit – im Sumpf eines legalistischen Reformismus stecken geblieben sei, der den Kampf für den Sozialismus in eine unbestimmte Zukunft vertagte.[36] Der „Wechsel der Taktik in einen moderaten Geist" der SPD, schrieb Bielecki, wurzele in einer Anpassung an die vorangegangenen Dekaden friedlicher sozialer Entwicklung, in denen die Partei, die mit ihr verbundenen Gewerkschaften und kulturellen Institutionen eine massive Ausdehnung erfahren hatten.[37] Viele in der SPD nähmen jetzt wahr, dass revolutionäre Auseinandersetzungen der herrschenden Klasse nur als Vorwand dienten, um diese Landnahme zu zerstören.[38] Hoffnung in eine fortgesetzte friedliche Entwicklung des politischen Lebens sei aber illusionär.[39] Der Opportunismus in der SPD wurzelte Bielecki zufolge in einer neu entstandenen sozialen „Zwischenschicht": Sie umfasse die „große Mehrheit der Parteifunktionäre", die „ein komplett ruhiges Leben führen" und die deshalb schlecht auf „Konflikte mit der

34 Bieleckis Beitrag markierte einen wichtigen Schritt in den internen Diskussionen der PPS, da er (gegen die Position sowohl von Kelles-Krauz als auch von Pilsudski) argumentierte, eine Revolution in Zentralrussland sei immens wichtig, deshalb sei das russische Proletariat der Hauptverbündete der polnischen Arbeiter.

35 Für umfassende Auszüge aus Kelles-Krauz' Abhandlung und die gesamte Antwort Kautskys siehe Richard B. Day/Daniel Gaido (Hrsg.): Witnesses to Permanent Revolution: The Documentary Record, Leiden 2009, S. 188–192, 197–249. Ein Grund, warum Bieleckis Ausführungen in Vergessenheit gerieten, ist, dass sie auf Polnisch erschienen, anders als die vorherigen zwei Abhandlungen, die in Kautskys deutschsprachiger Zeitschrift „Die Neue Zeit" veröffentlicht wurden. Während der Diskussionen 1904 stand Luxemburg an der Seite Kautskys gegen Kelles-Krauz und die PPS. Siehe Snyder, Nationalism, S. 184 f.

36 Marian Bielecki [d. i. M. Raudonas]: Zagadnienia Rewolucji, in: Przedświt, 1904, Nr. 4, S. 152–157; Nr. 5/6, S. 200–206; Nr. 7, S. 262–272; Nr. 8, S. 314–322, hier Nr. 7 S. 265 f.

37 Ebenda, S. 266.

38 Ebenda.

39 Ebenda.

Nr. 6. Czerwiec 1900. Rok XX.

PRZEDŚWIT

MIESIĘCZNIK POLITYCZNO-SPOŁECZNY

ORGAN POLSKIEJ PARTYI SOCYALISTYCZNEJ

LONDYN

Z DRUKARNI POLSKIEJ PARTYI SOCYALISTYCZNEJ

Titelblatt der politisch-sozialen Monatszeitschrift und Organ der PPS vom Juni 1900

herrschenden Ordnung" vorbereitet waren.[40] Dergestalt sei der wachsende Konservatismus ein vom „Revisionismus" (als theoretischer Strömung) unabhängiges Problem.[41]

Wie Kelles-Krauz identifizierte sich Bielecki grundsätzlich mit der Theorie des „orthodoxen" Marxismus, aber er lehnte gewisse von Kautsky eingenommene politische Standpunkte ab, besonders dessen Zögerlichkeit beim Bruch mit bürgerlich-demokratischem Recht, seine Argumentation, dass politische Massenstreiks nur unter engen Grenzen gerechtfertigt seien, seine Ablehnung revolutionärer Agitation innerhalb der Armee und seine Gegnerschaft zur Ausrichtung auf einen bewaffneten proletarischen Aufstand.[42] Die Relevanz dieser Taktiken verteidigend, fügte Bielecki etwas harsch an, dass „der Führer des radikalen Flügels der Sozialdemokratie für die zukünftige praktisch-politische Entwicklung des deutschen Proletariats einen Weg vorschlägt, der sich nicht sehr von dem der ‚Opportunisten' unterscheidet, gegen die er auf dem Dresdener Kongress solche Bannstrahlen schickte".[43] Beide, Kautsky und die Moderaten in der SPD, schloss Bielecki in „Zagadnienia rewolucji", erzählten dem Proletariat, „dass nichts zu tun bleibt, außer sich weiterhin zu organisieren, zu bilden und zu warten – abzuwarten, bis wir eine entscheidende Mehrheit in der Gesellschaft erringen".[44]

Der Konflikt der Jahre 1898 bis 1903 war nicht die letzte Episode in Luxemburgs Kampf gegen ihre Widersacher, der sie einen Block mit der SPD-Bürokratie bilden ließ. Getrieben vom Wunsch, die Uneinigkeit der polnischen Marxisten zu überwinden und sich mit der russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu verbinden, spaltete sich 1907 eine revolutionäre Fraktion von der PPS ab, die anschließend die PPS-Linke bildete. Sie ließ die Forderung nach Unabhängigkeit in ihrem politischen Programm fallen und forderte einen Zusammenschluss mit der SDKPiL.

Die fortwährende Feindseligkeit gegenüber der PPS-Linken unter Luxemburgs Führung provozierte in Kombination mit den generell undemokratischen Praktiken der SDKPiL-Führer eine parteiinterne Rebellion, die Ende 1911 in

40 Bielecki registrierte ebenfalls eine zweite zu Opportunismus neigende Zwischenschicht innerhalb der SPD: neue Parteimitglieder, die in die Partei eintraten, ohne sich wirklich an die marxistische Politik anzupassen. Siehe ebenda.

41 Ebenda.

42 Siehe ebenda, S. 266–272, 314–322.

43 Ebenda, S. 266.

44 Ebenda, S. 319 f.

einer Spaltung kulminierte. Als das Warschauer Komitee der SDKPiL für mehr parteiinterne Demokratie und einen neuen Ansatz gegenüber den Gewerkschaften und der PPS-Linken eintrat, ließen Luxemburg, Jogiches und Feliks Dzierżyński die Nachricht verbreiten, dass die Warschauer Führungsmannschaft der SDKPiL Agenten der zaristischen Geheimpolizei (Ochrana) seien, und lösten das Komitee auf.[45] Das Warschauer Komitee wies diese Verleumdungen zurück und lehnte es ab, sich zu beugen. Ein Brief an das Internationale Sozialistische Büro vom Dezember 1913 zeigt, dass Luxemburgs Führung fast ihre komplette Unterstützerbasis in Polen verloren hatte. Die SDKPiL-Komitees aus Warschau und Łódź erklärten, „Rosa Luxemburg und ihre ‚Parteiführung' repräsentieren höchstens eine Berliner Auswanderer-Gruppe, aber sie haben nichts mit der Arbeiterbewegung in Polen zu tun." [46]

Konklusion

Unter polnischen Radikalen marginalisiert, versuchte Luxemburgs Gruppe ihren beträchtlichen Einfluss in der deutschen Partei zu nutzen, um die ihr gegenüber oppositionell eingestellten Kräfte zu diskreditieren. Eines der am häufigsten angewendeten und wichtigsten Mittel waren Attacken auf den mit der SDKPiL verbundenen polnischen Schriftsteller Karl Radek, der in Deutschland lebte und die Warschauer Opposition gegen den Kurs von Luxemburg unterstützte. Über viele Jahre wurde er von rechten Sozialdemokraten beschuldigt, andere Revolutionäre bestohlen zu haben.[47] Obwohl Luxemburg und Jogiches ihn noch ein Jahr zuvor gegen diese Anklage verteidigt hatten, belebten sie die Beschuldigungen 1911 aufs Neue und überzeugten den SPD-Vorstand davon, ihn aus der deutschen Partei auszuschließen.

45 Untersuchungen der Ochrana-Archive für die Zeit nach 1917 bestätigen den verleumderischen Charakter dieser Anschuldigungen. Zur Spaltung der SDKPiL siehe Georg W. Strobel: Die Partei Rosa Luxemburgs, Lenin und die SPD: der Polnische „Europäische" Internationalismus in der Russischen Sozialdemokratie, Wiesbaden 1974, S. 361–481; Norbert Michta: Rozbieżności i rozłam w SDKPiL [Diskrepanzen und Spaltung in der SDKPiL], Warszawa 1987, S. 208–263.

46 Warschauer Komitee. Lodzer Komitee der SDKPiL: An Das Internationale Sozialistische Bureau, 1. Dezember 1913, Archiwum Akt Nowych, 9/VII – 36.

47 Zur „Radek-Affäre" siehe Jean-François Fayet: Karl Radek (1885–1939). Biographie Politique, Bern 2004, S. 61–158.

Der Parteivorstand nutzte diese Gelegenheit, weil Radek einer ihrer wichtigsten radikalen Kritiker war, darüber hinaus besaß er Verbindungen zur Bremer SPD – dem einzigen vom linken Parteiflügel kontrollierten großstädtischen Bezirk. Nach Fayet „begriff [Luxemburg] durch ihr Bündnis mit der deutschen Parteiführung die Bedeutung eines Ausschlusses Radeks mitsamt dessen Ausschlachtung durch den deutschen Parteivorstand und seinen Versuchen, die Radikalen, zu denen sie selbst gehörte, mundtot zu machen, nicht".[48]

Sogar nachdem die deutsche Führung die „Radek-Affäre" in einen landesweiten Feldzug gegen die Radikalen in der Partei verwandelt hatte, verbündete sich Luxemburg, entgegen ihrer oppositionellen Rolle in so vielen anderen Fragen, mit dem Vorstand gegen Radek. Luxemburgs Handeln sorgte im Ergebnis dafür, dass die Einheit der wichtigsten linken Kräfte in der Partei zerstob. „Die alte Kampfeseinheit, die zwischen Luxemburg und den Bremer Radikalen bestanden hatte, war nun endgültig Geschichte. […] Beide sollten in dieser Affäre und dem Zusammenstoß der Spaltungstendenzen in der SPD ihre notwendige Basis an Unterstützern einbüßen",[49] schreibt Fayet. Wie es schon während der Kampagne gegen die PPSzp zwischen 1898 und 1903 der Fall gewesen war, hatte Luxemburgs Angriffslust sie in eine Allianz mit der SPD-Bürokratie geführt – und dies war wiederum der Anlass, dass sie gegen potenzielle radikale Verbündete in Deutschland und Polen kämpfte.[50]

Rosa Luxemburgs Beitrag zum polnischen Sozialismus war zutiefst widersprüchlich und endete tragisch. Es ist unwahrscheinlich, dass ohne ihr gewaltiges revolutionäres Ansehen und ihre politischen Stärken die sektiererische SDKPiL jemals eine solch einflussreiche Rolle in der polnischen und europäischen Geschichte hätte spielen können.

Aus dem Englischen von David Bebnowski

48 Ebenda, S. 115 f.

49 Ebenda, S. 125

50 Die SDKPiL vereinigte sich 1916 wieder. Dieser Prozess wurde teilweise durch den Arrest fast der gesamten Führung der SDKPiL in Polen während des Krieges in Verbindung mit der Gefängnishaft von Luxemburg, Jogiches and Dzierżyński ermöglicht. Zu dieser Wiedervereinigung siehe Michta, Rozbieżności S. 263–281; Walentyna Najdus: SDKPiL a SDPRR [SDKPiL und RSDRP] 1908–1918, Wrocław 1980, S. 387–391.